



Protokoll

Gremium:	Rat der Hansestadt Lüneburg
Sitzungstermin:	Donnerstag, 13.11.2025
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	20:40 Uhr
Raum, Ort:	Ritterakademie, Am Graalwall 12, 21335 Lüneburg

Anwesenheitsliste

Vorsitz

Jule Grunau

Beschließende Mitglieder

Claudia Kalisch

Christel John

Anna Bauseneick

Ulrich Blanck

Michael Bugenhagen

ab 19:10 Uhr

Dr. Corinna Maria Dartenne

Thomas Dißelmeyer

Marianne Esders

Friedhelm Feldhaus

Stefanie Filohn

Eike Freitag

Keno Freund

Robin Gaberle

Christian-Tobias Gerlach

Wolfgang Goralczyk

Cornelius Grimm

Ralf Gros

Burghard Heerbeck

Antje Henze

Kai Herzog

Andrea Kabasci

Hans Joachim Klein

Jörg Kohlstedt

Sören Köppen

bis 20:10 Uhr

Martin Lühmann

Jörn-Christian Manzke

Pascal Mennen

Andreas Neubert

Dirk Neumann

Holger Nowak
Dr. med. Michael Perschmann
Sören Pinnekamp
Pia Redenius
Andrea Schröder-Ehlers
Jens-Peter Schultz
Patrick Schulze
Alexander Schwake
Frank Soldan
Dr. Julia Verlinden
Jana Mederike Warnck
Matthias Wiebe

von 17:45 Uhr bis 19:25 Uhr

Verwaltung

Markus Moßmann
Matthias Rink
Gabriele Scholz
Heike Gundermann
Carl-Ernst Müller
Michael Bahr
Sebastian Balmaceda
Karin Fischer
Ann-Kristin Jenckel
Andrea Kamionka

Gäste

Thomas Meyer, Geschäftsführer der Avacon Wasser GmbH

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Film- und Tonaufnahmen in der Ratssitzung gem. § 14 der Hauptsatzung	
2	Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit	
3	Feststellung der Tagesordnung	
4	Genehmigung des Protokolls vom 01.10.2025	
5	Wichtige Mitteilungen der Verwaltung	
6	Einwohnendenfragen	
7 (Nachtrag)	Bericht der Avacon Wasser GmbH zur notwendigen Wasserpreis-Anpassung	
8	Annahme von Zuwendungen im Rat	BV/12138/25
9	Neubesetzung eines Aufsichtsrates	BV/12175/25
10	Einteilung der Hansestadt Lüneburg in Wahlbereiche für die Gemeindewahl 2026	BV/12147/25
11	Fahrradring Lüneburg: Planungen des Abschnitts Altenbrückertorstraße/ Ilmenaustraße	VO/9298/20-5-2
11.1 (Nachtrag)	Änderungsantrag zum Fahrradring Lüneburg: Planungen des Abschnitts Altenbrückertorstraße/ Ilmenaustraße (Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU und FDP vom 11.11.2025, eingegangen am 11.11.2025)	VO/9298/20-5-3
11.2 (Nachtrag)	Änderungsantrag zum Fahrradring Lüneburg: Planungen des Abschnitts Altenbrückertorstraße/ Ilmenaustraße (Änderungsantrag der Gruppe Die Partei/Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.11.2025, eingegangen am 12.11.2025)	VO/9298/20-5-4
11.3 (Nachtrag)	Änderungsantrag zum Fahrradring Lüneburg: Planungen des Abschnitts Altenbrückertorstraße/ Ilmenaustraße (Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.11.2025)	VO/9298/20-5-5
12	Anpassung von drei Förderrichtlinien des Klimafonds der Hansestadt Lüneburg (2025)	BV/12139/25
13	Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung; Anträge auf Umwandlung der Grundschulen Lüne, Kreideberg, Am Sandberg (Ochtmissen), Hermann-Löns-Schule und Heiligengeistschule in Ganztagsgrundschulen	BV/12106/25

TOP	Betreff	Vorlage
14	1. Änderung zum Vertrag zur Fehlbetragsfinanzierung von Kindertagesstätten in freier Trägerschaft vom 01.01.2023 sowie Anpassung des Leistungsverzeichnisses	BV/12119/25
15	Neuer Rahmenplan Sanierungsgebiet "Westliches Wasserviertel"	BV/12118/25
16	Sanierungsprojekt Deutsches Salzmuseum - Sachstandsbericht	MV/12183/25
17	Ausschussveränderungen	
18	Nichtbehandelte Anträge und Anfragen vergangener Sitzungen	
18.1	Antrag "Strukturierte Regelung bei Personalauswahlverfahren für Fachbereichs- und Dezernatsleitungen" (Antrag der SPD-Fraktion vom 22.04.2025, eingegangen am 05.06.2025, 11:43 Uhr)	VO/11936/25
18.2	Antrag "Einführung einer Grundsteuer C" (Antrag der Ratsfrau Esders und der SPD-Fraktion vom 19.06.2025, eingegangen am 19.06.2025)	VO/11946/25
18.3	Anfrage "Übersicht der in der aktuellen Wahlperiode behandelten Anträge und gefassten Beschlüsse" (Anfrage der Ratsfrau Esders vom 07.07.2025, eingegangen 07.07.2025)	AF/11961/25
18.4	Antrag "Wirtschaftliche Stabilität sichern" (Antrag der FDP-Fraktion vom 07.07.2025, eingegangen am 07.07.2025)	AT/12019/25
18.5	Anfrage " Benutzung und Gebührenerhebung in Unterkünften für wohnungs-, obdachlose und schutzsuchende, geflüchtete Menschen und zu deren Unterbringung und Versorgung" (Anfrage der Ratsfrau Esders vom 08.07.2025, eingegangen am 08.07.2025)	AF/11962/25
18.6	Antrag "Sozial gerechte und langfristige Finanzpolitik statt Kürzungsdiktat" (Antrag der Ratsfrau Esders vom 09.07.2025, eingegangen 09.07.2025, 16:38 Uhr)	AT/11965/25
18.7	Antrag "Verbesserung des Stadtgrüns und der Beschattung von Hitzeinseln" (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.07.2025, eingegangen am 19.07.2025)	AT/11978/25
18.8	Antrag "Neubau und Betrieb eines Pflegeheims im Hanseviertel" (Antrag der SPD-Fraktion vom 14.08.2025, eingegangen am 14.08.2025)	AT/12040/25
18.9	Antrag "Aufbau einer stationären Kurzzeitpflegeeinrichtung auf dem Gelände der PKL" (Antrag der SPD-Fraktion vom 14.08.2025, eingegangen am 14.08.2025)	AT/12041/25

TOP	Betreff	Vorlage
18.10	Antrag "Artenvielfalt stärken - Tierschutzgerechte Ansiedlung von Wanderfalken und anderen Greifvögeln in der Hansestadt Lüneburg (Antrag der CDU-Fraktion vom 09.09.25, eingegangen am 09.09.25)	AT/12091/25
18.11	Antrag "Den Rat stärken - Veränderung der Reihenfolge der Tagesordnungspunkte bei Ratssitzungen" (Antrag der SPD-Fraktion vom 12.09.2025, eingegangen am 12.09.2025)	AT/12104/25
19	Neue Anträge und Anfragen	
19.1	Antrag "Parkerleichterungen für ambulante Pflegedienste" (Antrag der SPD-Fraktion vom 15.09.2025, eingegangen am 18.09.2025 um 08:23 Uhr)	AT/12111/25
19.2	Antrag "Faire Erbbaurechtsbedingungen bei der Erneuerung bestehender Erbbaurechtsverträge als Grundlage bezahlbaren Wohnens in der Hansestadt Lüneburg" (Antrag der SPD-Fraktion vom 07.10.2025, eingegangen am 07.10.2025)	AT/12141/25
19.2.1 (Nachtrag)	Änderungsantrag zum Antrag "Faire Erbbaurechtsbedingungen bei der Erneuerung bestehender Erbbaurechtsverträge als Grundlage bezahlbaren Wohnens in der Hansestadt Lüneburg" (Änderungsantrag der AfD-Fraktion vom 11.11.2025, eingegangen am 11.11.2025)	AT/12141/25-1
19.3	Antrag "Austausch zur altersfreundlichen Stadt" (Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ Die Grünen vom 08.10.2025, eingegangen am 09.10.2025)	AT/12146/25
19.4	Antrag "Einführung eines Leitfadens zur Baustellenkommunikation mit Gewerbetreibenden" (Antrag der CDU-Fraktion vom 17.10.2025, eingegangen am 17.10.2025)	AT/12158/25
19.5	Anfrage "Sachstand Sanierung/Neubau Salzmuseum" (Anfrage von Ratsfrau Lotze vom 29.10.2025, eingegangen am 29.10.2025)	AF/12172/25
19.6	Antrag "Bundesprogramm "Sanierung kommunaler Sportstätten" (SKS) für den Lüneburger Sport nutzen" (Antrag der SPD-Fraktion vom 28.10.2025, eingegangen am 30.10.2025)	AT/12179/25
19.7	Anfrage "Bauschäden/Missstände an den Wohneinheiten der Vonovia Wohnungsgesellschaft im Stadtteil Kaltenmoor" (Anfrage der SPD-Fraktion vom 28.10.2025, eingegangen am 30.10.2025)	AF/12180/25

TOP	Betreff	Vorlage
19.8	Antrag "Maßnahmen zum Schutz der Anwohner des geplanten Bauprojektes im Senkungsgebiet erforderlich" (Antrag der SPD-Fraktion vom 12.09.2025, eingegangen am 12.09.2025)	AT/12102/25
20	Mündliche Anfragen i.S.v. § 16 III GO des Rates zu wichtigen aktuellen Angelegenheiten	

Protokoll

Öffentlicher Teil

Zu TOP 1 Film- und Tonaufnahmen in der Ratssitzung gem. § 14 der Hauptsatzung

Die anwesenden Mitglieder des Rates und der Verwaltung stimmen Film- und Tonaufnahmen zu.

Zu TOP 2 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzende Grunau begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Dem verstorbenen Oberstadtdirektor a. D. Reiner Faulhaber wird gedacht.

Zu TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss:

Die Tagesordnung wird mit den abgestimmten Änderungen festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	39
Ablehnung:	1
Enthaltung:	0

Beratungsinhalt:

Der Tagesordnungspunkt 15 wird seitens der Verwaltung zurückgestellt.

Die Tagesordnungspunkte 18.1, 18.9 und 19.8 werden von den Antragstellenden zurückgezogen.

Die Tagesordnungspunkte 19.1 und 19.3 werden vertagt.

Ratsherr Kohlstedt schlägt vor, Anträge, bei denen ein Verweis empfohlen wurde, ohne weitere Diskussion über den Verweis zu entscheiden und zwar auch für die Anträge, die in der Tagesordnung noch nicht erreicht seien.

Ratsherr Blanck gibt zu bedenken, dass für dieses Verfahren eine Änderung der Geschäftsordnung nötig wäre. Anträge sollten lieber direkt für die Fachausschüsse gestellt werden.

Ratsherr Soldan merkt an, dass man auch auf Redebeiträge verzichten könnte.

Erster Stadtrat Moßmann ergänzt, dass eine Abweichung von der Geschäftsordnung für jede Sitzung mit einer 2/3-Mehrheit der gesetzlichen Mitglieder entschieden werden könne.

Ratsfrau Schröder-Ehlers beantragt, für die Anträge mit Verweisempfehlung die Geschäftsordnung außer Kraft zu setzen.

Der Antrag auf Abweichung von der Geschäftsordnung, in dem alle Anträge mit Verweiseempfehlung vorgezogen und ohne Aussprache entschieden werden, erhält nicht die erforderliche qualifizierte Mehrheit und ist damit abgelehnt.

Ratsherr Goralczyk beantragt, TOP 19.4 vorzuziehen und über den empfohlenen Verweis zu entscheiden.

Der Antrag wird abgelehnt.

Ratsherr Dißelmeyer bittet mit Verweis auf Tagesordnungspunkt 24 des nichtöffentlichen Teils darum, bereits im öffentlichen Teil zu berichten, was möglich sei.

Zu TOP 4 Genehmigung des Protokolls vom 01.10.2025

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung vom 01.10.2025 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	35
Ablehnung:	0
Enthaltung:	5

Zu TOP 5 Wichtige Mitteilungen der Verwaltung

Beratungsinhalt:

Oberbürgermeisterin Kalisch kommt der Bitte von Ratsherrn Dißelmeyer nach und beschreibt zu TOP 24, dass es sich um eine Maßnahme handeln würde, die dem Wohnungsbau bei Gut Wiebüttel diene.

Oberbürgermeisterin Kalisch informiert den Rat darüber, dass

- das Theater Mittel über die kommunale Liste des Landes erhalten werde.
- ein Städteappell der Metropolstädte Hamburg und Hannover, gemeinsam mit Stadt und Landkreis Lüneburg und weiteren Kommunen zur Bahnstrecke stattgefunden habe.
- der Masterplan Erlebnisraum Ilmenau in die Bürger:innenbeteiligung gehe.
- im Dialograum im November das Thema Digitalisierung und im Dezember das Thema Wohnen im Fokus stehe.
- der Verwaltungsausschuss die Stellenausschreibung für die Nachbesetzung der Stelle der Stadtbaurätin auf den Weg gebracht habe. Frau Gundermann gehe in den Ruhestand. Der Verwaltungsausschuss werde die Findungskommission bilden.
- der Zensus zum 30.06.2025 geringere Einwohnendenzahlen festgestellt habe als das Bürgeramt. Es gebe eine Klage gegen den Zensusbescheid.
- die Eröffnung des Weihnachtsmarktes am 26.11.2025 um 18:00 Uhr stattfinde. Einladungen seien versandt worden.

Frau Fischer, Gleichstellungsbeauftragte der Hansestadt Lüneburg, lädt zu Veranstaltungen im

Rahmen des Orange Days ein. Sie weist auf das ausgelegte Informationsmaterial hin.

Zu TOP 6 Einwohnendenfragen

Beratungsinhalt:

Eine Bürgerin fragt nach, ob der Hort an der Hermann-Löns-Schule nur erhalten werden könne, wenn die Schule zu einer teilgebundenen Ganztagschule werde.

Stadträtin Scholz teilt mit, dass es die Entscheidungen der Schule sei, mit welchem Konzept sie geführt und wer als Kooperationspartner gewählt werde. Die Kooperation sei nicht von der Schulform abhängig.

Ein Bürger richtet seine Frage an die Fraktionen der SPD und CDU. Er wolle wissen, was die Fraktionen im Kontext mit dem Fahrradstraßenring tun würden, nachdem sie Beschlüsse widerrufen und Entscheidungen scheinbar willkürlich wieder zurückgenommen hätten, um wieder zu verlässlichen, vertrauensvollen Maßnahmen zu kommen im Sinne eines demokratiefördernden Politikstils.

Ratsherr Dißelmeyer geht darauf ein, dass das Thema bei dem Tagesordnungspunkt besprochen werde. Er wolle der Diskussion nicht vorgreifen.

Ratsherr Goralczyk erklärt, dass auch die Aufhebung von Beschlüssen zur Demokratie gehöre, wenn sich die Lage ändere.

Eine Bürgerin äußert ihre Enttäuschung über die nichtöffentliche Einweihung des Gradierwerks und fragt nach, ob noch ein Einweihungsfest für die Bürger:innen geplant sei.

Oberbürgermeisterin Kalisch informiert, dass die Einweihung von der Salva GmbH organisiert worden sei. Die Baumaßnahme sei noch nicht vollständig abgeschlossen. Sie nehme die Anregung für den kommenden Sommer an die Salva GmbH mit.

Zu TOP 7 Bericht der Avacon Wasser GmbH zur notwendigen Wasserpreis-Anpassung

Beratungsinhalt:

Herr Meyer, Geschäftsführer der Avacon Wasser GmbH, berichtet anhand einer Präsentation zur notwendigen Wasserpreisentwicklung. Er stellt dar, dass sich ab 01.01.2026 die Wasserpreise erhöhen werden.

Anlage 1 Wasserpreisanpassung Lüneburg

Zu TOP 8 Annahme von Zuwendungen im Rat BV/12138/25

Beschluss:

Der Rat der Hansestadt Lüneburg fasst einstimmig folgenden Beschluss:
Der Annahme der Zuwendungen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	41
Ablehnung:	0
Enthaltung:	0

**Zu TOP 9 Neubesetzung eines Aufsichtsrates
BV/12175/25****Beschluss:**

Der Rat der Hansestadt Lüneburg fasst einstimmig folgenden Beschluss:
Herr Stadtrat Rink wird als Vertreter für den Aufsichtsrat der WLG benannt.
Herr Sebastian Prigge wird als Ersatzmitglied ernannt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	41
Ablehnung:	0
Enthaltung:	0

**Zu TOP 10 Einteilung der Hansestadt Lüneburg in Wahlbereiche für die Gemeinde-
wahl 2026
BV/12147/25****Beschluss:**

Der Rat der Hansestadt Lüneburg fasst einstimmig folgenden Beschluss:
Für die Gemeindewahl 2026 in der Hansestadt Lüneburg wird das Stadtgebiet entsprechend der
Anlage 1 in 4 Wahlbereiche eingeteilt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	41
Ablehnung:	0
Enthaltung:	0

**Zu TOP 11 Fahrradring Lüneburg: Planungen des Abschnitts Altenbrückertor-
straße/ Ilmenaustraße
VO/9298/20-5-2****Beschluss:**

Durch den Beschluss zu TOP 11.1 ist der Beschlussvorschlag der Verwaltung abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Eine Abstimmung hat nicht mehr stattgefunden.

Beratungsinhalt:

Ratsfrau Esders beschreibt, dass die Ilmenaustraße sicherer, grün und attraktiv sein könnte. Der Fahrradstraßenring sei eigentlich bereits beschlossen und werde verzögert. Die Aufschiebung zeuge von der Unfähigkeit, Maßnahmen im Sinne einer klimafreundlichen und zukunftsfähigen Stadt umzusetzen. Andere Städte seien an dieser Stelle bereits weiter. Kompromissvorschläge würden vom Tisch gewischt. Es brauche keine Parkplätze in der Ilmenaustraße, es gebe genügend Parkplätze in den Parkhäusern. Sie hinterfragt, ob Stillstand oder Fortschritt gewünscht werde und zählt weitere Maßnahmen auf, die zu einer Umgestaltung führen könnten. Der Klimawandel und die Mobilitätswende sollten ernst genommen werden.

Ratsherr Heerbeck geht auf die Aussprache im Ausschuss für Mobilität ein. Er habe bereits dort hinterfragt, ob es die Maßnahme jetzt brauche. Die Umgestaltung würde zum Wegfall innenstadtnaher Parkplätze führen. Die dafür erforderlichen Kosten müssten aufgewandt werden, um die Wünsche des Radentscheids und anderer Fahrradorganisationen zu erfüllen. Beim Wegfall der Parkplätze würde die Erreichbarkeit der Innenstadt eingeschränkt werden und der Stadt Einnahmen verloren gehen. Die Straße sollte zu einer unechten Fahrradstraße umgestaltet und für alle Verkehrsteilnehmenden besser nutzbar werden.

Ratsherr Goralczyk ergänzt, dass er die Förderprogramme nicht gefährden wolle. Seine Fraktion stehe für eine unechte Fahrradstraße. Die Parkplätze würden benötigt, gerade auch für die Anwohnenden. Die Umgestaltung solle unter Beibehalten der Parkplätze ermöglicht werden. Der Änderungsantrag sei daher im Sinne der Bürger:innen. Lüneburg sei keine reine Fahrradstadt, die Parkplätze würden benötigt.

Ratsherr Dißelmeyer geht darauf ein, dass der Rat über das Fortbestehen von 72 Parkplätzen sowie die Sicherheit und Sichtbarkeit des Fahrradverkehrs in der Ilmenaustraße entscheide. Neben dem Anwohnerparken seien die Parkplätze für Besuchende, Kunden und Gäste eine Möglichkeit, fußläufig die Innenstadt zu erreichen. Seine Fraktion stehe zum Radentscheid. Das dürfe aber nicht mit dem Abbau von Parkplätzen ideologisch verknüpft werden. Um alle Verkehrsteilnehmenden einzubeziehen, spreche er sich für eine unechte Fahrradstraße wie in der Wallstraße aus. Erst wenn es attraktive Alternativen gebe, könne der Verkehr gänzlich aus der Innenstadt herausgenommen werden.

Ratsfrau Kabasci veranschaulicht, dass bereits viel über Perspektiven und die Interessen der Bürger:innen diskutiert worden sei. Sie zeigt auf, dass es um Lebensqualität, Sicherheit und Aufenthaltsqualität gehe. Da die vorhandene Verkehrsfläche begrenzt sei, habe man mit dem Änderungsantrag versucht, die größtmögliche Sicherheit für die Menschen zu erreichen. Der Förderbescheid wäre ohne die Umsetzung gefährdet.

Ratsherr Goralczyk gibt aufgrund eines Hinweises auf seinen zur kommenden Sitzung des Rates eingereichten Antrags eine persönliche Erklärung ab. Der Antrag sollte hier nicht erwähnt werden.

Ratsherr Freund spricht sich in einer unechten Fahrradstraße für unechte Parkplätze aus. Das würde für die größtmögliche Sicherheit sorgen.

Ratsfrau Dr. Dartenne zitiert aus einem Video zwischen einem Pressevertreter und Oberbürgermeister a.D. Mädge, der dort das Ziel einer zügigen Umsetzung des Fahrradstraßenrings klar formuliert hatte.

Ratsherr Soldan geht darauf ein, dass sich der Fahrradverkehr verändert habe. Ihm gehe es um

die verantwortungsvolle Nutzung von Steuermitteln und Einnahmen aus Parkgebühren. Die Politik fordere Maßnahmen, ohne Vorschläge zur Kompensation zu unterbreiten. Hier würde es sogar um zusätzliche Verluste gehen, der Haushalt würde negativ belastet. Der Umbau der Ilmenaustraße sei damit eher ein Prestigeprojekt. Es sei besser, die Radwege aus den Wohnquartieren in die Stadt oder den ÖPNV zu verbessern, um den Umstieg vom Kfz zu erleichtern. Er lehne die Umgestaltung ab.

Ratsfrau Schröder-Ehlers stellt fest, dass die unterschiedlichen Interessenslagen bei diesem Thema deutlich würden. Die SPD nehme ihr Wahlprogramm einer Mobilität für alle ernst. Dazu zähle auch, den Radverkehr auszubauen. Lüneburg habe bereits viel erreicht. Mit Blick auf die Finanzsituation müsse sie feststellen, dass sich die Lage verändert habe und Kompromisse erst möglich seien, wenn bekannt sei, wie der gesamte Fahrradring aussehen solle. Auch die geplanten Poller sollten in die Betrachtung einbezogen werden.

Ratsherr Blanck macht deutlich, dass sich die Bürger:innen darauf verlassen können sollten, dass vom Rat gefasste Beschlüsse umgesetzt würden. Wenn Parkplätze wegfielen, würden die Menschen anderenorts parken. Angesichts der verschiedenen Änderungsanträge weist er darauf hin, dass das Längsparken eine positive Entwicklung und ein Mehrgewinn für alle wäre.

Ratsherr Grimm fügt an, dass die Argumente für und wider die Maßnahme ausgetauscht wurden. Die Grundintention des Fahrradrings sei die Förderung des Radverkehrs und der Klimaschutz gewesen. Der Umbau der Ilmenaustraße sei kein Projekt, um CO₂ zu sparen, zumal wieder Beton verbaut würde. Die Einsparung sollte an anderer Stelle erfolgen.

Ratsherr Köppen bestätigt, dass viele Ideen eingebracht und wirtschaftliche Aspekte ignoriert worden seien. Es gebe Logikbrüche vielfältiger Art. Auch das Bewohnerparken vor Ort und der Parksuchverkehr würden CO₂ verbrauchen. Es sei symptomatisch, dass eine Idee und deren Umsetzung nicht zueinander passen würden. Es ginge um Geld und Verantwortung.

Ratsherr Schultz weist darauf hin, dass er sowohl dem Radentscheid als auch Jahre zuvor dem Verkehrsentwicklungsplan zugestimmt habe. Man wolle seit vielen Jahren den Fahrradverkehr fördern und die Unfallzahlen verringern. Die Umsetzung des Fahrradrings sei unproblematisch, wenn das Geld dafür da wäre. Der Haushalt sei defizitär, weswegen viele Maßnahmen nicht mehr umgesetzt werden könnten. Es gebe keine Möglichkeit, die Prioritäten so zu setzen, dass alles gehe. Zurzeit müsse Soziales und Bildung vorangestellt werden. Der Fahrradverkehr sei nicht so schlecht, wie er immer dargestellt würde.

Ratsherr Kohlstedt erklärt, dass Kausalität und Korrelation nicht immer leicht zu unterscheiden seien. Es sei eine unechte Fahrradstraße mit Parkplätzen gewollt. Die Container müssten abgeräumt werden, so dass das Ilmenauufer schöner gestaltet werden könne. Es sollten nicht alle Parkplätze aufgegeben werden.

Erster Stadtrat Moßmann weist auf die Diskussion im Ausschuss für Mobilität hin und geht auf den Förderbescheid ein. Die Umgestaltung der Ilmenaustraße sei ein Abschnitt in einem laufenden Prozess. Es sei richtig, dass die gesamte Ausbauplanung nicht von Beginn an vorgelegen habe, man arbeite sich nach und nach vor. Die Fördermittel seien für Umbauten in der Ilmenaustraße, Am Ochsensmarkt sowie in der Fortführung zur Neuen Sülze vorgesehen. Ohne den Abschnitt der Ilmenaustraße sehe er die Fördermittel in Gefahr. Wenn der Antrag der Fraktionen SPD, CDU und FDP eine Mehrheit erhalte, werde sich die Verwaltung bemühen, die Vorgaben umzusetzen. Das sei eine anspruchsvolle Planung und käme der Quadratur des Kreises nahe. Man habe zugunsten des Fußgängerverkehrs eine Verbreiterung vornehmen wollen. Im Übrigen würden unechte Fahrradstraßen einen Sicherheitsstreifen vorsehen. Die Planung werde er in den Gremien rückkoppeln.

Ratsfrau Schröder-Ehlers weist in einer persönlichen Erklärung darauf hin, dass in der Debatte

im Mobilitätsausschuss gefordert wurde, die Pläne für den gesamten Ring vorzulegen. Sie erwartete die Vorstellung des gesamten Bildes. Von der scheibchenweisen Planung müsse man abrücken.

Erster Stadtrat Moßmann ergänzt, dass der Fahrradring eine Funktion erfülle. Die Verwaltung habe auf der Basis der ursprünglichen Ideen die jeweiligen Abschnitte geplant. Die Planungen gehörten auch zu den Zielen des ISEK und den Projekten der Resilienten Innenstadt. Es gehe um die Aufwertung der Innenstadt und nicht nur um die Förderung des Radverkehrs.

Oberbürgermeisterin Kalisch fasst zusammen, dass es ihre Aufgabe sei, praktikable Lösungen vorzustellen. Im Sinne der Umsetzbarkeit und der Mehrheitsfähigkeit müsste sie manchmal Kompromisse finden, die von ihrer persönlichen Meinung abweichen würden. Bei der Umsetzung der Maßnahmen des Radentscheides dürfe man nicht nachlassen. Auch wenn die aktuellen Positionen auseinander lägen, sollte der Vorschlag der Verwaltung als Kompromiss für alle tragfähig sein. Dabei gehe es nicht nur um die Verteilung der Verkehres, sondern auch um eine attraktive Umgestaltung des gesamten Areals. Der Antrag der Fraktionen SPD, CDU und FDP könnte die Fördermittel für diese und auch weitere geplante Projekte gefährden.

**Zu TOP 11.1 Änderungsantrag zum Fahrradring Lüneburg: Planungen des Abschnitts Altenbrückertorstraße/ Ilmenaustraße (Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU und FDP vom 11.11.2025, eingegangen am 11.11.2025)
VO/9298/20-5-3**

Beschluss:

Der Rat der Hansestadt Lüneburg fasst mehrheitlich folgenden Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Leistungsphasen 3 bis 6 gemäß § 47 HOAI (Entwurfsplanung, Genehmigungsplanung, Ausführungsplanung und Vorbereitung der Vergabe) für den Abschnitt Ilmenaustraße und Altenbrückertorstraße in einer angepassten Variante „unechte Fahrradstraße“ auszuarbeiten.

Die Planung soll folgende Maßgaben erfüllen:

- Beibehaltung der derzeit vorhandenen Parkplatzzahl (keine Reduzierung gegenüber dem Bestand).
- Ausweisung der Ilmenaustraße als unechte Fahrradstraße mit Freigabe für den motorisierten Individualverkehr.
- Nutzung der im Rahmen des Förderprogramms „Klimaschutz durch Radverkehr“ bewilligten Bundesfördermittel.
- Sicherstellung, dass die bauliche Ausgestaltung den Anforderungen der Förderstelle entspricht und förderfähig bleibt.
- Keine baulichen Eingriffe, die den ruhenden Verkehr oder die Erreichbarkeit für Anwohner, Lieferverkehr und Gewerbetreibende verschlechtert, und eine Gestaltung der Uferfläche für mehr Aufenthaltsqualität berücksichtigt.

2. Die Verwaltung wird gebeten, im Zuge der Entwurfsplanung darzustellen,

- welche Maßnahmen zur Verkehrssicherheit (z. B. Markierungen, Beschilderung, Geschwindigkeitsdämpfung) umgesetzt werden können,
- und wie die Maßnahme mit den angrenzenden Abschnitten des Fahrradings gestalterisch und funktional abgestimmt werden kann.

3. Die Ergebnisse der Entwurfsplanung und der Kostenschätzung sind in die Haushaltsplanungen 2027/2028 einzubringen und dem Rat der Hansestadt zur endgültigen Freigabe vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	22
Ablehnung:	17
Enthaltung:	0

**Zu TOP 11.2 Änderungsantrag zum Fahrradring Lüneburg: Planungen des Abschnitts Altenbrückertorstraße/ Ilmenaustraße (Änderungsantrag der Gruppe Die Partei/Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.11.2025, eingegangen am 12.11.2025)
VO/9298/20-5-4**

Beschluss:

Durch den Beschluss zu TOP 11.1 ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Eine Abstimmung hat nicht mehr stattgefunden.

**Zu TOP 11.3 Änderungsantrag zum Fahrradring Lüneburg: Planungen des Abschnitts Altenbrückertorstraße/ Ilmenaustraße (Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.11.2025)
VO/9298/20-5-5**

Beschluss:

Durch den Beschluss zu TOP 11.1 ist dieser Änderungsantrag abgelehnt

Abstimmungsergebnis:

Eine Abstimmung hat nicht mehr stattgefunden.

Zu TOP 12 Anpassung von drei Förderrichtlinien des Klimafonds der Hansestadt Lüneburg (2025) BV/12139/25

Beschluss:

Der Rat der Hansestadt Lüneburg fasst einstimmig folgenden Beschluss:
Den vorgeschlagenen Änderungen in den drei Förderrichtlinien wird zugestimmt. Die Änderungen sollen am 01.01.2026 in Kraft treten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	40
Ablehnung:	0
Enthaltung:	1

Zu TOP 13 Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung; Anträge auf Umwandlung der Grundschulen Lüne, Kreideberg, Am Sandberg (Ochtmissen), Hermann-Löns-Schule und Heiligengeisteschule in Ganztagsgrundschulen BV/12106/25

Beschluss:

Der Rat der Hansestadt Lüneburg fasst einstimmig folgenden Beschluss:
Der ab dem Schuljahr 2026/2027 geltende Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung wird an den elf städtischen Grundschulen der Hansestadt Lüneburg flächendeckend durch die Ganztagschule umgesetzt.

Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Anträge auf Umwandlung der Halbtagsgrundschulen Hermann-Löns-Schule, Heiligengeisteschule, Grundschule Kreideberg und Grundschule Am Sandberg in Ganztagschulen fristgerecht bis zum 30.11.2025 beim Regionalen Landesamt für Schule und Bildung (RLSB) Lüneburg zu stellen.

Das Einvernehmen zum Antrag der Grundschule Lüne auf Umwandlung in eine Ganztagschule wird erteilt.

Die Verwaltung wird ferner beauftragt, Kriterien zu entwickeln und auf deren Grundlage mit den Schulen die Umsetzung des Ganztags inklusive des notwendigen Personalbedarfs und der Finanzierung zu erarbeiten (ggf. unter Begleitung des RLSB und des MK) sowie bezüglich der städtischen Einrichtungen etwaige Kooperationen zu verhandeln.

Die fertige konzeptionelle Umsetzung des Ganztags und die abzuschließenden Kooperationsvereinbarungen einschließlich aller finanziellen Auswirkungen werden dem Rat nach vorheriger Beteiligung des Schulausschusses und des Ausschusses für Finanzen und Interne Services zur Beschlussfassung vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	41
Ablehnung:	0
Enthaltung:	0

Beratungsinhalt:

Oberbürgermeisterin Kalisch erläutert, dass die Stadt zum August 2026 verpflichtet sei, den Anspruch auf Ganztagsbetreuung umzusetzen. Die Verwaltung habe einen Vorschlag für eine gerechte Lösung für alle Grundschulkinder der Stadt vorgelegt. Sie freue sich über die bisherigen positiven Empfehlungen hierzu.

Ratsherr Neumann beschreibt das System der Nachmittagsbetreuung durch verschiedene Angebote. Die vorhandenen Plätze seien zu knapp. Der Gesetzgeber habe den Rechtsanspruch festgeschrieben, den die Kommunen umzusetzen hätten. Er werde der Empfehlung der Verwaltung zustimmen. Dennoch appelliere er daran, den Betreuungsschlüssel nicht auszureizen, sondern wohlwollend im Sinne der Erzieherinnen zu entscheiden.

Ratsherr Soldan zeigt auf, dass das Ganztagsförderungsgesetz des Bundes ab 2026/27 für die ersten Klassen verpflichtend sei und vom Land bezuschusst würde. Die Stadt wolle den Anspruch zeitgleich auch für die übrigen Grundschuljahrgänge einrichten und sei bereit, die Förderung aufzustocken. Das Land gewähre zwar die Kapitalisierung von Lehrerstunden, das reiche aber nicht aus. Es brauche gezieltere Förderungen und Personal. Die Schulen und Schulgremien könnten entscheiden, wie die jeweilige Schule ihr Ganztagsangebot gestalte. Er bedankt sich für die konstruktive Arbeit. Das Land müsse erkennen, dass die Schulbudgets zu gering seien und mehr Unterstützung nötig wäre.

Ratsfrau Filohn macht deutlich, dass die Verwaltung das Konzept als umsetzbar darstellen konnte. Sie unterstütze den Beschlussvorschlag. Das aktuelle Betreuungssystem funktioniere nicht. Der Betreuungsschlüssel müsse schulindividuell geändert werden. So könne ein hochwertiges Betreuungsangebot und eine Chance für mehr Teilhabe und Bildung geschaffen werden.

Ratsherr Mennen ergänzt, dass das bisherige System als ungerecht empfunden worden sei. Es sei aufwendig, die Rechtskreise zu beachten und eine Gesamtorganisation zu schaffen. Lüneburg habe ein gutes Konzept vorgelegt und sei vorbereitet. Das Land habe inzwischen angekündigt, den Wert der Lehrkräftestunden zu erhöhen. Damit könnten sich die Schulen noch besser aufstellen. Kooperationen müssten angestrebt und etabliert werden, das werde eine Zeit lang dauern.

Ratsfrau Dr. Dartenne hebt die Wertschätzung für die Arbeit der Verwaltung hervor und berichtet über die geleistete Arbeit im Zusammenhang mit den Sitzungen des Schulausschusses. Die Verwaltung habe Vieles durch Gespräche mit den Schulen bewegen können.

Ratsherr Heerbeck bestätigt, dass er die Einführung mittragen werde. Es sei wichtig gewesen, trotz der Kürze der Zeit eine maximale Beteiligung sicherzustellen. Dies habe die Verwaltung erfüllt. Er sei gespannt auf die konkrete Umsetzung, insbesondere hinsichtlich der von der Stadt zu übernehmenden Kosten.

Ratsfrau Esders bestätigt die Unterstützung ihrer Gruppe und rät zur Abstimmung.

Oberbürgermeisterin Kalisch blickt kurz auf den Prozess zurück und bedankt sich ausdrücklich bei der Verwaltung und allen Beteiligten für die gute Arbeit.

Zu TOP 14 1. Änderung zum Vertrag zur Fehlbetragsfinanzierung von Kindertagesstätten in freier Trägerschaft vom 01.01.2023 sowie Anpassung des Leistungsverzeichnisses
BV/12119/25

Beschluss:

Der Rat der Hansestadt Lüneburg fasst einstimmig folgenden Beschluss:
Die redaktionellen Änderungen in der 1. Änderung zum Vertrag zur Fehlbetragsfinanzierung von Kindertagesstätten in freier Trägerschaft im Stadtgebiet der Hansestadt Lüneburg vom 01.01.2023 sowie im Leistungsverzeichnis unter den Punkten 1.1, 1.2, 1.4.1, 1.4.2, 1.5, 2.1, 2.5, 2.7, 2.8, 2.9, 3.1, 3.2, 3.3, 3.4, 3.6, 3.8 und unter B. Erlöse, die keine finanziellen Auswirkungen auf den Haushalt der Hansestadt Lüneburg haben, werden rückwirkend ab dem 01.01.2023, 01.01.2024 und 01.01.2025 vorgenommen.
Die monetären Auswirkungen werden in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses zur Beschlussfassung vorberaten

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	41
Ablehnung:	0
Enthaltung:	0

Zu TOP 15 Neuer Rahmenplan Sanierungsgebiet "Westliches Wasserviertel"
BV/12118/25

Die Vorlage wurde zurückgestellt.

Zu TOP 16 Sanierungsprojekt Deutsches Salzmuseum - Sachstandsbericht
MV/12183/25

Beschluss:

Die Informationen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Beratungsinhalt:

Stadtbaurätin Gundermann berichtet, dass nach der Erstellung der Vorlage der Fördermittelgeber den Termin angekündigten abgesagt habe. Es werde eine neue Sachbearbeitung geben. Die Stadt habe darum gebeten, zeitnah einen neuen Termin zu bekommen.

Zu TOP 17 Ausschussveränderungen

Beschluss:

Der Rat der Hansestadt Lüneburg stellt folgende Ausschussveränderung fest:

Begleitausschuss Sozialer Zusammenhalt:

Bisher: Frau Filohn

Neu: Herr Neubert

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 41

Ablehnung: 0

Enthaltung: 0

Zu TOP 18 Nichtbehandelte Anträge und Anfragen vergangener Sitzungen

Zu TOP 18.1 Antrag "Strukturierte Regelung bei Personalauswahlverfahren für Fachbereichs- und Dezernatsleitungen" (Antrag der SPD-Fraktion vom 22.04.2025, eingegangen am 05.06.2025, 11:43 Uhr) VO/11936/25

Der Antrag wurde zurückgezogen.

Zu TOP 18.2 Antrag "Einführung einer Grundsteuer C" (Antrag der Ratsfrau Esders und der SPD-Fraktion vom 19.06.2025, eingegangen am 19.06.2025) VO/11946/25

Beschluss:

Der Rat der Hansestadt Lüneburg fasst mehrheitlich folgenden Beschluss:

Der Antrag wird in den Ausschuss für Finanzen und Interne Services verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 37

Ablehnung: 3

Enthaltung: 0

Beratungsinhalt:

Ratsfrau Esders bringt ihren Antrag ein. In der Grundsteuer C sehe sie Potentiale und Herausforderungen. Sie sei überzeugt, dass die Steuer ein sinnvolles Instrument sei, den Spekulationen mit unbebauten Grundstücken entgegenzuwirken. Es sei zu prüfen, wie die Mobilisierung des Bauens erreicht werden könne. Außerdem seien Mehreinnahmen zu erzielen, die dem Haushalt

guttäten.

Ratsfrau John spricht sich gegen die zusätzliche Steuer aus, da unbebaute und unbebaubare Grundstücke schon Belastungen für die Eigentümer:innen mit sich brächten. Diese wären auch betroffen, wenn es für ihre Grundstücke Probleme bei der Erschließung gebe oder die wirtschaftliche Lage keine Bebauung zulasse. Im Übrigen sei der Verwaltungsaufwand enorm. Man solle lieber Anreize für die Bebauung von Grundstücken schaffen.

Ratsherr Grimm weist darauf hin, dass mehr als die Hälfte der unbebauten Grundstücke im Eigentum der Hansestadt seien. Vielfach gebe es Gründe, warum Flächen nicht bebaut würden. Die Eigentümer:innen sollten nicht bestraft werden.

Ratsherr Kohlstedt geht darauf ein, dass Steuern generell nicht gerne gezahlt würden. Mit der Grundsteuer C könne der Druck für die Bebauung von Grundstücken erhöht werden, die für Investoren nur eine Geldanlage seien. Es brauche sozialen Wohnraum. Auch wenn die Anwendung mit Aufwand verbunden sei, könne das Steuerungsinstrument für das Bauen von Wohnraum genutzt werden.

Ratsherr Feldhaus führt an, dass es Ausnahmen von der Grundsteuer C für Privateigentümer kleinerer Flächen gebe. Folglich sei die Steuererhebung vorrangig bei Gewerbegrundstücken anwendbar. Es seien noch Fragen offen, daher sollte die Beratung im Finanzausschuss mit dem Bauausschuss fortgesetzt werden.

Ratsherr Neumann unterstützt die Stellungnahmen von Ratsherrn Grimm und Ratsfrau John. Es sei nicht zwingend richtig, geringe Bautätigkeiten auf Spekulation zurückzuführen. Für manche Eigentümer:innen sei es zu teuer zu bauen, Genehmigungen ließen auf sich warten oder Flächen würden als Entwicklungsreserven vorgehalten. Die Steuer bedeute viel mehr ein staatliches Abkassieren, das er ablehne.

Zu TOP 18.3 Anfrage "Übersicht der in der aktuellen Wahlperiode behandelten Anträge und gefassten Beschlüsse" (Anfrage der Ratsfrau Esders vom 07.07.2025, eingegangen 07.07.2025)
AF/11961/25

Beschluss:

Die Informationen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Beratungsinhalt:

Ratsfrau Esders stellt folgende, vorab schriftlich eingereichte, Nachfragen:

Wann ist die Umstellung in Allris 4 abgeschlossen und wann kann damit gerechnet werden, dass die angekündigten Funktionen zur Nachverfolgung von Beschlüssen tatsächlich getestet oder genutzt werden können? Plane die Verwaltung, nach der Umstellung eine öffentliche Übersicht zum Stand der Beschlussumsetzungen anzubieten – oder ist das nicht vorgesehen?

Der Hinweis auf den hohen Aufwand ist nachvollziehbar – aber im Jahr 2025 gibt es längst digitale Werkzeuge und KI-Systeme, die solche Daten automatisch aus Protokollen oder Ratsinformationen auslesen und strukturieren können. Wird geprüft, ob solche technischen Möglichkeiten genutzt werden können, um Transparenz und Nachvollziehbarkeit unserer Ratsarbeit zu verbessern?

Oberbürgermeisterin Kalisch erklärt, dass das Sitzungsdienstprogramm noch nicht so zuverlässig laufe, wie man sich das gewünscht hätte. Man habe zwischenzeitlich auch erwogen, die Soft-

ware nochmal zu wechseln. Nun aber solle die Prozessoptimierung bis Ostern umgesetzt und abgeschlossen sein. Danach sei eine Evaluation geplant, um zu entscheiden, ob zusätzliche Programmkomponenten eingekauft würden. Der Einsatz von KI in allen Teilen der Verwaltung werde kontinuierlich geprüft. Für den Sitzungsdienst sei man noch nicht so weit.

Zu TOP 18.4 Antrag "Wirtschaftliche Stabilität sichern" (Antrag der FDP-Fraktion vom 07.07.2025, eingegangen am 07.07.2025)
AT/12019/25

Beschluss:

Der Rat der Hansestadt Lüneburg fasst mehrheitlich folgenden Beschluss:
Der Antrag wird in den Ausschuss für Wirtschaft und städtische Beteiligungen verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	17
Ablehnung:	15
Enthaltung:	3

Beratungsinhalt:

Ratsherr Grimm bringt den Antrag ein und weist darauf hin, dass es für die weitere Entwicklung der Lüneburger Wirtschaft über die Flächen am Bilmer Berg hinaus Potentialflächen für Gewerbetreibende brauche. Außerdem sei der Stand der Digitalisierung nicht ausreichend. Anstelle einer bedarfsorientierten Kontaktaufnahme der Unternehmen an die Wirtschaftsförderung, sollten die Unternehmen auf ihre Bedarfe angesprochen werden. Hier könnte ein Mittelstandsbeirat helfen. Es brauche eine Stimme der Wirtschaft im Wirtschaftsausschuss. Eine Strategie für 2030/2035 fehle. Das Handwerk und der Mittelstand müssten gestärkt werden.

Ratsherr Schwake stimmt zu, dass man sich um die Wirtschaft kümmern müsse. Es sei aber mit der Einstellung des Wirtschaftslotsen bereits etwas getan worden. Die Wirtschaftsförderung sei für die Umsetzung da. Das habe die ausführliche Stellungnahme der Verwaltung gezeigt. Er lehne den Antrag aus Kostengründen ab. Künftig sollte man mehr priorisieren, Themen präsentieren und vorhandene Ressourcen verwenden, um etwas für die Ansiedlung von Unternehmen zu tun.

Ratsherr Blanck geht darauf ein, dass manche Forderungen in Lüneburg nicht zu erfüllen seien. Vielfach seien die geäußerten Forderungen von den Regelungen des Bundes und des Landes abhängig. Gerade Verwaltungsvereinfachung und Digitalisierung lägen nicht in den Händen der Verwaltung. Es helfe nicht, Forderungen zu stellen, ohne Gestaltungsvorschläge zu unterbreiten. Über beratende Mitglieder und die Umbildung von Fachausschüssen könne man sich verständigen, es sollten aber keine weiteren Gremien gebildet werden.

Ratsherr Gaberle stimmt zu, dass es bereits zu viele Beiräte gebe und Konzepte nicht weiter helfen würden. Man müsse in die Umsetzung kommen. Zur Digitalisierung werde regelmäßig berichtet.

Ratsfrau Schröder-Ehlers geht darauf ein, dass viele richtige Aspekte angesprochen wurden. Die Wirtschaftsförderung habe bereits ein neues Format aufgelegt und das Zusammenwirken verschiedener Gesellschaften bestehe schon. Es brauche ein gutes Klima für die Wirtschaft.

Ratsfrau Dr. Dartenne ergänzt, dass sowohl Herr Leupold von der Wirtschaftsförderung als auch Vertreter:innen der Handwerkskammer häufiger zu Gast im Wirtschaftsausschuss seien. Die Diskussion sollte dahin verlagert werden.

Ratsherr Soldan erklärt, dass man unabhängig von dem bereits Erreichten, noch besser werden könne. Er beantragt, den Antrag in den Wirtschaftsausschuss zu verweisen.

Oberbürgermeisterin Kalisch begründet ihre Enthaltung. Das Thema sei relevant und das Ziel eine alle. Die Abwanderung von Betrieben liege aber nicht zwingend an den Flächen. Die Verwaltung sei immer bereit, bei Fragen und Problemen zu unterstützen. Dafür gebe es die Wirtschaftsförderung und im Hause den Wirtschaftslotsen und das Innenstadtmanagement.

**Zu TOP 18.5 Anfrage " Benutzung und Gebührenerhebung in Unterkünften für wohnungs-,
obdachlose und schutzsuchende, geflüchtete Menschen und zu deren Unterbringung und Versorgung" (Anfrage der Ratsfrau Esders vom 08.07.2025, eingegangen am 08.07.2025)
AF/11962/25**

Beschluss:

Die Informationen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Beratungsinhalt:

Beigeordnete Esders teilt mit, dass Sie ihre Nachfragen vorab schriftlich eingereicht habe.

1. Die Verwaltung teilt mit, dass eine detaillierte statistische Erfassung – etwa zu Mehrfachbelegungen, Selbstzahler*innen oder Gewaltvorfällen – nicht vorliegt. Wie soll unter diesen Umständen eine belastbare Bewertung der Unterbringungssituation, insbesondere im Hinblick auf soziale Verträglichkeit, Gewaltprävention und Gebührengerechtigkeit, erfolgen? Plant die Hansestadt künftig, entsprechende Daten systematisch zu erfassen und auszuwerten, um Entwicklungen und Bedarfe besser steuern zu können?

2. In einigen Unterkünften der Hansestadt besteht seit Jahren ein erheblicher Sanierungs- und Modernisierungstau, der sowohl die Wohnqualität als auch den Gesundheitsschutz der Bewohner*innen betrifft. Welche konkreten Maßnahmen plant die Verwaltung, um den Sanierungstau schrittweise abzubauen, und welche finanziellen Mittel sind hierfür in den kommenden Haushaltsjahren vorgesehen? Wird dabei auch geprüft, wie durch bessere bauliche Standards Mehrfachbelegungen reduziert und Konflikte verringert werden können?

3. Zur Belegung führt die Verwaltung aus, Mehrfachbelegungen seien „eher der Regelfall“, eine genaue Auflistung aber nicht möglich. Ist die Verwaltung bereit, für einen Stichtag (z.B. der 30.10.2025) eine Übersicht zur durchschnittlichen Belegung pro Zimmer und Unterkunftsart vorzulegen, um die tatsächliche Raumsituation nachvollziehbar zu machen?

Die Verwaltung wird die Fragen gegenüber der Fragestellerin schriftlich beantworten.

**Zu TOP 18.6 Antrag "Sozial gerechte und langfristige Finanzpolitik statt Kürzungsdiktat" (Antrag der Ratsfrau Esders vom 09.07.2025, eingegangen 09.07.2025, 16:38 Uhr)
AT/11965/25**

Der Tagesordnungspunkt wird gem. § 4 Absatz 2 Satz 5 der Geschäftsordnung des Rates aufgrund von Zeitmangel auf die nächste Sitzung des Rates vertagt.

Zu TOP 18.7 Antrag "Verbesserung des Stadtgrüns und der Beschattung von Hitzeinseln" (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.07.2025, eingegangen am 19.07.2025)

AT/11978/25

Der Tagesordnungspunkt wird gem. § 4 Absatz 2 Satz 5 der Geschäftsordnung des Rates aufgrund von Zeitmangel auf die nächste Sitzung des Rates vertagt.

Zu TOP 18.8 Antrag "Neubau und Betrieb eines Pflegeheims im Hanseviertel" (Antrag der SPD-Fraktion vom 14.08.2025, eingegangen am 14.08.2025)

AT/12040/25

Der Tagesordnungspunkt wird gem. § 4 Absatz 2 Satz 5 der Geschäftsordnung des Rates aufgrund von Zeitmangel auf die nächste Sitzung des Rates vertagt.

Zu TOP 18.9 Antrag "Aufbau einer stationären Kurzzeitpflegeeinrichtung auf dem Gelände der PKL" (Antrag der SPD-Fraktion vom 14.08.2025, eingegangen am 14.08.2025)

AT/12041/25

Der Tagesordnungspunkt wurde zurückgezogen.

Zu TOP 18.10 Antrag "Artenvielfalt stärken - Tierschutzgerechte Ansiedlung von Wandfalken und anderen Greifvögeln in der Hansestadt Lüneburg (Antrag der CDU-Fraktion vom 09.09.25, eingegangen am 09.09.25)

AT/12091/25

Der Tagesordnungspunkt wird gem. § 4 Absatz 2 Satz 5 der Geschäftsordnung des Rates aufgrund von Zeitmangel auf die nächste Sitzung des Rates vertagt.

Zu TOP 18.11 Antrag "Den Rat stärken - Veränderung der Reihenfolge der Tagesordnungspunkte bei Ratssitzungen" (Antrag der SPD-Fraktion vom 12.09.2025, eingegangen am 12.09.2025)

AT/12104/25

Der Tagesordnungspunkt wird gem. § 4 Absatz 2 Satz 5 der Geschäftsordnung des Rates aufgrund von Zeitmangel auf die nächste Sitzung des Rates vertagt.

Zu TOP 19 Neue Anträge und Anfragen

Zu TOP 19.1 Antrag "Parkerleichterungen für ambulante Pflegedienste" (Antrag der SPD-Fraktion vom 15.09.2025, eingegangen am 18.09.2025 um 08:23 Uhr)
AT/12111/25

Der Antrag wurde zurückgestellt.

Zu TOP 19.2 Antrag "Faire Erbbaurechtsbedingungen bei der Erneuerung bestehender Erbbaurechtsverträge als Grundlage bezahlbaren Wohnens in der Hansestadt Lüneburg" (Antrag der SPD-Fraktion vom 07.10.2025, eingegangen am 07.10.2025)
AT/12141/25

Der Tagesordnungspunkt wird gem. § 4 Absatz 2 Satz 5 der Geschäftsordnung des Rates aufgrund von Zeitmangel auf die nächste Sitzung des Rates vertagt.

Zu TOP 19.2.1 Änderungsantrag zum Antrag "Faire Erbbaurechtsbedingungen bei der Erneuerung bestehender Erbbaurechtsverträge als Grundlage bezahlbaren Wohnens in der Hansestadt Lüneburg" (Änderungsantrag der AfD-Fraktion vom 11.11.2025, eingegangen am 11.11.2025)
AT/12141/25-1

Der Tagesordnungspunkt wird gem. § 4 Absatz 2 Satz 5 der Geschäftsordnung des Rates aufgrund von Zeitmangel auf die nächste Sitzung des Rates vertagt.

Zu TOP 19.3 Antrag "Austausch zur altersfreundlichen Stadt" (Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ Die Grünen vom 08.10.2025, eingegangen am 09.10.2025)
AT/12146/25

Der Antrag wurde zurückgestellt.

Zu TOP 19.4 Antrag "Einführung eines Leitfadens zur Baustellenkommunikation mit Gewerbetreibenden" (Antrag der CDU-Fraktion vom 17.10.2025, eingegangen am 17.10.2025)
AT/12158/25

Der Tagesordnungspunkt wird gem. § 4 Absatz 2 Satz 5 der Geschäftsordnung des Rates aufgrund von Zeitmangel auf die nächste Sitzung des Rates vertagt.

**Zu TOP 19.5 Anfrage "Sachstand Sanierung/Neubau Salzmuseum" (Anfrage von Rats-
frau Lotze vom 29.10.2025, eingegangen am 29.10.2025)
AF/12172/25**

Der Tagesordnungspunkt wird gem. § 4 Absatz 2 Satz 5 der Geschäftsordnung des Rates aufgrund von Zeitmangel auf die nächste Sitzung des Rates vertagt.

**Zu TOP 19.6 Antrag "Bundesprogramm "Sanierung kommunaler Sportstätten" (SKS)
für den Lüneburger Sport nutzen" (Antrag der SPD-Fraktion vom
28.10.2025, eingegangen am 30.10.2025)
AT/12179/25**

Der Tagesordnungspunkt wird gem. § 4 Absatz 2 Satz 5 der Geschäftsordnung des Rates aufgrund von Zeitmangel auf die nächste Sitzung des Rates vertagt.

**Zu TOP 19.7 Anfrage "Bauschäden/Missstände an den Wohneinheiten der Vonovia
Wohnungsgesellschaft im Stadtteil Kaltenmoor" (Anfrage der SPD-
Fraktion vom 28.10.2025, eingegangen am 30.10.2025)
AF/12180/25**

Der Tagesordnungspunkt wird gem. § 4 Absatz 2 Satz 5 der Geschäftsordnung des Rates aufgrund von Zeitmangel auf die nächste Sitzung des Rates vertagt.

Zu TOP 19.8 Antrag "Maßnahmen zum Schutz der Anwohner des geplanten Bauprojektes im Senkungsgebiet erforderlich" (Antrag der SPD-Fraktion vom 12.09.2025, eingegangen am 12.09.2025)
AT/12102/25

Der Tagesordnungspunkt wurde zurückgezogen.

Zu TOP 20 Mündliche Anfragen i.S.v. § 16 III GO des Rates zu wichtigen aktuellen Angelegenheiten

Beratungsinhalt:

Ratsfrau Schröder-Ehlers erkundigt sich, ob die Verwaltung im Zusammenhang mit der Streckensperrung der Bahnstrecke Richtung Hannover etwas unternommen habe. Gerade für Pendler:innen Richtung Celle stimme das Angebot der Bahn nicht. Ein durchgebundener Metronom wäre wünschenswert.

Oberbürgermeisterin Kalisch schildert, dass man aktiv geworden sei. Die aktuelle Situation sei nicht tragbar. Hierüber sei ein Gespräch mit Minister Tonne angefragt und für die Folgewoche geplant.

Erster Stadtrat Moßmann teilt mit, dass die Bahn eine Information weitergegeben habe, dass es nur zwei Pendler:innen auf der Strecke geben würde. Es müsse sich um ein verfälschtes Ergebnis handeln. Es dürfe nicht sein, dass Pendler:innen ausgegrenzt würden. Die Fernverkehrsverbindungen müssten nutzbar bleiben.

Ratsfrau Filohn erinnert daran, dass seit zwei Jahren keine Sprachmittler:innen mehr zur Verfügung stünden. Sie erkundigt sich nach dem Sachstand.

Stadträtin Scholz berichtet, dass sie mit dem Landkreis Kontakt aufgenommen habe. Der Landkreis habe für 2025 Mittel in Höhe von 20.000,00 € eingestellt. Das Projekt sollte sich selbst finanzieren. Sie werde nach dem Sachstand fragen.

Ratsherr Blanck geht auf Gerüchte ein, dass die Pause des metronom in Uelzen auf eine Vereinbarung zwischen der Landesnahverkehrsgesellschaft und der DB zurückzuführen sei, um nicht als attraktive Alternative für den Fernverkehr zu gelten.

Erster Stadtrat Moßmann weist darauf hin, dass die Unterbrechung nach Aussagen der DB mit der Überlastung der Strecke begründet werde. Er greife den Hinweis auf.

Anmerkung der Verwaltung:

Der von Herrn Blanck angesprochene „Bruch“ in Uelzen auf der Verbindung Lüneburg – Uelzen – Hannover bei Nutzung des Metronoms äußert sich durch zwei Umstände: zum einen durch einen betriebsbedingten Aufenthalt in Uelzen von rund ¼ Stunde Aufenthalt sowie alle 2 h durch die Notwendigkeit des Umstiegs. Der Betriebshalt verlängert die Fahrzeit von Lüneburg nach Hannover unnötig und die Notwendigkeit des Umstiegs mindert zusätzlich die Attraktivität der Ver-

bindung im Vergleich zur Fernverkehrsverbindung. Die Anmerkung von Herrn Blanck wurde zwischenzeitlich mit der LNVG erörtert und nachgefragt, ob die LNVG perspektivisch plant, beide Negativfaktoren künftig zu bereinigen. Die LNVG hat eingeräumt, dass sie die „Brüche“ auch als ungünstig empfindet, aber kurz- und mittelfristig dieser Zustand nicht geändert werden könne. Der betriebsbedingte Halt ist auf notwendige Überholvorgänge des Personenfernverkehrs zurückzuführen und hängt mit der Streckenüberlastung der Hauptstrecke Hamburg – Lüneburg – Hannover zusammen. Die Notwendigkeit des Umstiegs soll mit Neuausschreibung des Verkehrsvertrages Anfang der 2030er Jahre wegfallen.“

Ratsherr Soldan erkundigt sich nach den Reinigungspflichten auf Rad- und Fußwegen.

Erster Stadtrat Moßmann verweist auf die Satzungen zur Straßenreinigung. Die Reinigungspflichten würden auch bei den Anliegern liegen. Er sei im Austausch mit der AGL und werde das Thema ansprechen. Im Herbst müsse aber mit Einschränkungen gerechnet werden.

Ratsherr Grimm beschreibt den immer größer werdender Verkehrsstau und fragt nach, wann die Ampelschaltungen in der Uelzener Straße in Kaltenmoor und den anderen Einfallstraße angepasst würden.

Erster Stadtrat Moßmann teilt mit, dass die Umprogrammierung beauftragt sei und die Umsetzung zeitnah erfolgen solle.

Ratsvorsitzende Grunau schließt den öffentlichen Teil um 20:35 Uhr.

Jule Grunau

Claudia Kalisch
Oberbürgermeisterin

Andrea Kamionka
Protokollführerin